

## **83. Gesundheitsministerkonferenz 2010**

### **Schriftliches Umlaufverfahren**

#### **Weiterentwicklung des Kinderschutzes an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Gesundheitswesen**

Antragsteller: Niedersachsen, Thüringen, Berlin, Brandenburg, Hessen, Hamburg

#### **Beschluss:**

1. Die für Gesundheit zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder nehmen die – in Umsetzung des Beschlusses der 82. GMK vom 24. und 25. Juni 2009 auf der Grundlage des gemeinsamen „Berichtes zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Gesundheitswesen der JFMK und der GMK“ (Anlage 1) - von der AOLG vorgelegten und mit der AGJF abgestimmten Vorschläge (Anlage 2) [zustimmend] zur Kenntnis.

[nicht BY]

2. Sie bitten die Bundesregierung, auf der guten Grundlage des gemeinsamen Berichtes zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Gesundheitswesen und der für den Gesundheitsbereich ergänzenden Vorschläge im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu dem sich an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Gesundheitswesen ergebenden Änderungsbedarf gesetzliche und untergesetzliche Vorschläge zu entwickeln, damit bestehende Regelungslücken bis spätestens 2011 geschlossen werden können.

#### Protokollerklärung BY:

Zu Nr. 3, Zu 2.4. der Vorschläge für die Umsetzung des Beschlusses vom 24./25. Juni 2009 der GMK: Ablehnung eines bundeseinheitlichen Einladungs- und Meldeverfahrens; dafür Forderung einer Pflicht für die Eltern, die Teilnahme ihrer Kinder an den Früherkennungsuntersuchungen sicherzustellen.

#### Protokollerklärung ST:

Die Anlage 1 zu dem Beschluss ist nicht aktuell. ST hat mit Gesetz vom 09.12.2009 die gesetzlichen Voraussetzungen für den Kinderschutz geschaffen.